



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
Analyses des votations fédérales  
Analisi delle votazioni federali

## Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 8. Februar 2009

Hans Hirter, Wolf Linder

<i>Abstimmungsergebnis</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Personenfreizügigkeit Schweiz-EU	1'517'156	1'027'644

**Stimmbeteiligung 50.9%**

gfs.bern  
Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft  
Hirschengraben 5  
3011 Bern

Tel. 031/311 08 06  
Fax 031/ 311 08 19  
e-mail: [info@gfsbern.ch](mailto:info@gfsbern.ch)

Universität Bern  
Institut für Politikwissenschaft  
Lerchenweg 36  
3000 Bern 9

Tel. 031/631 83 31  
Fax 031/631 85 90  
e-mail: [hirter@ipw.unibe.ch](mailto:hirter@ipw.unibe.ch)

**VOX vom 8. Februar 2009**

## Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 8. Februar 2009

Am 8. Februar 2009 stimmten die Bürgerinnen und Bürger über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und ihre Ausdehnung auf die neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien ab. Gegen die Vorlage war von kleinen Rechtsparteien und der Jungen SVP das Referendum eingereicht worden; im Abstimmungskampf engagierte sich auch die SVP dagegen. Das Volk hiess die Personenfreizügigkeit mit einem Ja-Stimmenanteil von knapp 60% gut

Die Beteiligung war wie meist bei aussen- und ausländerpolitischen Themen überdurchschnittlich hoch; sie betrug 51%. Es bestätigte sich einmal mehr, dass sich politisch wenig oder gar nicht Interessierte kaum an Volksabstimmungen beteiligen. Da unter den jungen Stimmberechtigten diese Desinteressierten besonders stark vertreten sind, fällt entsprechend auch ihre Beteiligung sehr niedrig aus. Auch diejenigen Gegner von Einwanderung und internationaler Integration der Schweiz, welche sich nicht zu den SVP-Anhängern zählen, liessen sich nur schlecht mobilisieren.

Die Stimmenden stuften den Entscheid als sehr wichtig für die Schweiz ein. In den letzten zehn Jahren war nur gerade die Volksabstimmung über die Bilateralen Verträge I mit der EU als noch wichtiger eingeschätzt worden. Für die meisten Stimmenden (72%) war es eine eher einfache Entscheidung. Den Sympathisanten der SVP, in deren Reihen ja auch einige prominente Nationalräte für ein Ja warben, fiel der Entscheid schwerer als den Anhängern der anderen, geschlossener auftretenden Parteien. Im Vergleich zu früheren Abstimmungen entschieden sich die Stimmenden früh. Für mehr als die Hälfte von ihnen war der Entscheid schon vor dem Einsetzen der Kampagne klar.

Die redaktionellen Beiträge in der Presse bildeten auch bei der Volksabstimmung über die Personenfreizügigkeit die wichtigste Informationsquelle. Das Internet wurde mehr als früher, nämlich von 21% der Stimmenden konsultiert. Die altersspezifischen Unterschiede bei seiner Verwendung haben sich eingeebnet. Einzig die über 60-Jährigen bedienten sich dieses Kommunikationsmittels deutlich weniger oft. Jeder siebte Urnengänger (14%) hat das von Befürwortern rund zwei Wochen vor der Abstimmung im Internet deponierte Video gesehen, in dem auf eine personalisierte Weise zur Beteiligung an der Abstimmung und ein Ja aufgerufen wurde. Wer das Video gesehen hatte beteiligte sich leicht überdurchschnittlich oft an der Abstimmung und stimmte auch überdurchschnittlich häufig mit Ja.

Die Kenntnisse über den Inhalt der Abstimmungsvorlage waren recht gut. Mehr als die Hälfte der Stimmenden erwähnte explizit, dass es um die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ging. Der zweite Aspekt des Abstimmungspakets, die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit den bisherigen EU-Staaten, war den Stimmenden weniger präsent. Etwas häufiger wurde erwähnt, dass es auch darum gehe, die

bilateralen Abkommen mit der EU weiter zu führen. Die Ja-Stimmenden legten den Akzent etwas stärker auf diesen Aspekt der Weiterführung der bilateralen Verträge mit der EU, die Nein-Stimmenden betonten mehr das Element der Einwanderung im Allgemeinen.

Das politische Abstimmungsprofil der Personenfreizügigkeitsvorlage ist nicht nur praktisch identisch mit denjenigen der Entscheide des Jahres 2005 über Schengen/Dublin und über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder. Es deckt sich auch mit demjenigen der Abstimmung über die SVP-Volksinitiative „für demokratische Einbürgerungen“ vom 1. Juni 2008. Die grössten Auswirkungen auf den Stimmentscheid hatte das Vertrauen, das dem Bundesrat entgegengebracht wird. Dieses Vertrauen gab vor allem bei Personen mit ähnlicher politischer Grundeinstellung den Ausschlag. So betrug der Ja-Anteil 85% bei Personen, welche sich der politischen Mitte zuordnen und der Regierung vertrauen; fehlte dieses Vertrauen, sank er auf 32% ab. Etwa gleich stark wirkte sich die Parteisympathie aus. Die Anhänger der CVP, der FDP und der SP stimmten mit Anteilen zwischen 75% und 80% zu, diejenigen der SVP lehnten fast einhellig (94% Nein) ab. Die Geschlossenheit der SVP war diesmal noch etwas grösser als bei ähnlichen Volksabstimmungen vor der 2008 erfolgten Abspaltung der BDP. Nicht parteigebundene Personen sprachen sich zu 69% für die Personenfreizügigkeit aus.

Von grosser Bedeutung für den Entscheid war die Einstellung zur Einwanderung. Wer Schweizerinnen und Schweizer gegenüber Ausländern bevorzugen möchte, lehnte die Personenfreizügigkeit deutlich ab (30% Ja). Noch stärker wirkten sich die Vorstellungen über die Identität und die internationale Rolle der Schweiz aus. Wer für eine weltoffene und international gut integrierte Schweiz eintritt, stimmte zu 81% zu. Wer diesen Wertvorstellungen skeptisch gegenübersteht oder sie sogar gänzlich ablehnt, sprach sich auch klar gegen die Personenfreizügigkeit aus (32% resp. 23% Ja).

Die sozialen und ökonomischen Merkmale der Stimmenden wirkten sich wie meistens weniger stark auf den Entscheid aus. Wie bei allen Abstimmungen, bei denen es um eine ausserpolitische Öffnung geht, stieg die Akzeptanz mit zunehmender formaler Bildung und höherem Einkommen. In der Deutschschweiz existierte der sich bei diesem Typ von Abstimmungen meist manifestierende Graben zwischen grosstädtischen Agglomerationen und den ländlichen resp. kleinstädtischen Regionen immer noch, er hat sich aber verkleinert. Keine Bedeutung für den Entscheid hatte es, ob jemand erwerbstätig, bloss im Haushalt tätig oder Rentner war. Einen Einfluss übte hingegen die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage aus. Personen, die ihre eigene ökonomische Situation als sehr gut einstufen, stimmten signifikant häufiger zu (80% Ja) als solche, die sie lediglich als gut (59%) oder gar als schlecht bis recht (51%) einstufen. Diese Wirkung ist nicht vom Einkommen abhängig, sondern existiert sowohl in der Gruppe der Stimmenden mit einem niedrigen Einkommen als auch bei den materiell gut Situierten.

Jeder zweite Ja-Stimmende begründete seinen Entscheid spontan mit dem Motiv, dass die Schweiz den bilateralen Weg fortsetzen müsse. Jeder sechste Befürworter stimmte hingegen zu, weil er für eine totale Integration der Schweiz in die EU ist. Wichtig war bei den Ja-Stimmenden auch die Überzeugung, dass die Schweiz von der Personenfreizügigkeit und den Bilateralen Verträgen insgesamt wirtschaftlich profitiere. Ein ebenfalls häufig genannter Grund für die Zustimmung war die Absicht, damit ein Bekenntnis für eine weltoffene Schweiz abzugeben.

Von den Gegnern wurden am häufigsten Befürchtungen über negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, und dabei insbesondere die Gefahr einer Zunahme der Zahl der Arbeitslosen als Entscheidungsgrund genannt. Fast 40% der Gegner stimmten Nein, weil sie die Ansicht vertreten, dass es in der Schweiz bereits heute genug oder zu viele Ausländer hat. Weit verbreitet war bei den Gegnern auch die Angst vor mehr Kriminalität und einem weiteren Anstieg der Sozialausgaben. Dass das vom Parlament geschnürte Abstimmungspaket undemokratisch sei, gab nur jeder sechste Gegner als Motiv für seine Nein-Stimme an.

Die Befürworter und die Gegner der Personenfreizügigkeitsvorlage beurteilten die von uns vorgelegten Pro- und Kontra-Argumente sehr gegensätzlich. So glaubten fast alle Befürworter, aber nur 18% der Gegner, dass eine Aufkündigung der Bilateralen I der Schweiz grosse Nachteile bringen würde. Fast alle Befürworter (90%), aber nur ein Viertel der Gegner waren von den bisherigen positiven Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die schweizerische Wirtschaft überzeugt. Umgekehrt glaubte nur jeder zehnte Ja-Stimmende, hingegen über 80% der Nein-Stimmenden, dass wegen der Personenfreizügigkeit Schweizerinnen und Schweizer aus dem Arbeitsmarkt verdrängt werden. Ähnlich stark gingen die Meinungen bei den Fragen auseinander, ob mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien die Sozialwerke stärker belastet würden oder ob es zu einem Anstieg der Kriminalität käme.

## **Zur Methode**

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer *von der VOX-Partnerschaft realisierten repräsentativen Nachbefragung*. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung in der Woche nach der Volksabstimmung vom 8. Februar 2009 durch, wobei 60% der Interviews in den ersten drei Tagen nach der Abstimmung stattfanden. Die Analyse der Daten wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen. Die Befragung wurde von 47 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das Forschungsinstitut gfs.bern als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern zu beaufsichtigen. Für die BefragterInnen und die Befragten war diese Überwachung nicht erkennbar, sie wussten aber von deren Existenz. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 1007 stimmberechtigte Personen.